Die Arbeitsprämien der Gefangenen.

Von H. Braune, Anstaltsgeistlichen in Görlitz.

Die Arbeitskräfte der Gefangenen in den königlichen Strafanstalten wurden bis zum Jahre 1872 in der Weise an Unternehmer vergeben, daß ohne Rücksicht auf die größere oder geringere Leistung des einzelnen Gefangenen ein fest normiertes Kopfgeld für den Tag der Beschäftigung gezahlt wurde, wobei es dem Unternehmer überlassen war, für größere oder bessere Leistungen Prämien zu bewilligen, welche für die betreffenden Gefangenen bei der Strafanstalts-Extraktasse vereinnahmt wurden.

Diesem Zustande wurde durch Min.-Reskr. v. 10. 12. 72 ein Ende gemacht. In demselben wurde betont, daß in Anbetracht der außerordentlichen Höhe der seitens der Unternehmer bewilligten Prämien die Arbeitsleistungen für den Unternehmer einen unverhältnismäßig höhern, als den durch das Kopfgeld repräsentierten Wert haben mußten. Außerdem aber wurde besonders hervorgehoben, „daß die bedenklichste Seite des ganzen Systems darin liege, daß für den Unternehmer die verworfensten Subjekte, welche durch den wiederholten Aufenthalt im Zuchthause die nötige Arbeitsroutine erlangt haben, sehr häufig die willkommensten Arbeiter sein werden und daß es seinem Interesse entsprechen wird, sich gerade derartige Persönlichkeiten durch Bewilligung hoher Prämien geneigt zu machen, resp. dieselben zu außerordentlichen Leistungen anzuregen“.

Es wurde demgemäß die Bestimmung getroffen, daß den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen sei, die Arbeitsleistungen der Gefangenen entweder nach Stückzahl oder nach Pensum zu vergüten,

und „daß in dem letztern Falle mittlere Leistungspensa festgestellt werden sollten, für deren Erfüllung der Unternehmer einen tagesweise bestimmten Lohnsatz zu entrichten hat, dabei aber verpflichtet bleibt, der Anstalt jede Leistung über das Pensum nach Verhältnis des für dieses letztere bedungenen Lohnsatzes noch besonders zu vergüten“.

Im Anschluß hieran wurden Prämienzahlungen der Unternehmer zu Gunsten der Gefangenen nicht mehr gebudet, solche vielmehr lediglich von den Anstaltsverwaltungen gewährt.

Hinsichtlich dieser Prämienzahlungen wurde unter anderem bestimmt:

„Zu Arbeitsprämien für sämtliche Gefangene einer und derselben Anstalt darf niemals mehr als der sechste Teil der Arbeitslöhne verwendet werden resp. bei den für eigne Rechnung der Anstalt ausgeführten Handwerks- oder landwirtschaftlichen Arbeiten auf den betreffenden Anstaltsfonds zu verrechnen sind. Der Arbeitslohn der zuletzt gedachten Art wird hierbei nach dem Satze von 4 Sgr. pro Tag in Ansatz gebracht.“

Für die Arbeitsleistungen der eigentlichen Ökonomie-Arbeiter (Köche, Wäscher, Haus- und Hof-Kalfaktoren, Heizer, Flider usw.) wird ein Lohnsatz nicht berechnet. Die Arbeitsprämien für dieselben müssen vielmehr aus dem sechsten Teil des Ertrages der übrigen Arbeiten mitbestritten werden.

Arbeitsprämien werden nur an diejenigen Gefangenen gewährt, welche mindestens das ihnen von der Anstaltsverwaltung gestellte Pensum voll leisten, oder falls die Stellung eines Pensums nicht thunlich ist, die ihnen ausgegebene Arbeit gut und mit Fleiß verrichten.

Für die Erfüllung des Pensums wird dem für Rechnung Dritter beschäftigten Gefangenen $\frac{1}{16}$ bis $\frac{1}{10}$ des von dem Unternehmer durchschnittlich pro Kopf gezahlten Lohnes — für Leistungen über das Pensum zwei- bis dreimal so viel als Prämien gewährt.“

Hiernach wurde für jede Anstalt ein Arbeitstarif aufgestellt, welcher die Arbeitslohntrräge, die Höhe der Pensum und die Prämienbeträge festsetzte. Die Prämie für den einzelnen Gefangenen sollte den Betrag von 2 Sgr. pro Tag nicht übersteigen.

Weiterhin wurde durch Min.-R. v. 14. 4. 88 bestimmt, daß die rückfälligen Gefangenen für die Arbeitspensa nur die

Hälfte der normierten Arbeitsprämien, für die Überpenſa aber die vollen Prämienſätze erhalten ſollten.

Betreffs der Verwendung der ſolchergeſtalt aufgerechneten Gelbbeträge war durch Allerhöchſte Kabinetsorder v. 28. 12. 1840 beſtimmt, daß dieſelben niemals ein Gegenſtand des Arreſtſchlages oder der Beſchlagnahme im Wege der Exekution ſein ſollten, und durch Min.-Reſtr. v. 6. 7. 1885 wurde beſtimmt, „daß den Gefangenen ein rechtlicher Anſpruch auf Gewährung eines Anteils am Arbeitsverdienſt nicht zuſteht, daß jener Anteil vielmehr lediglich die Natur eines Geſchenktes hat zu dem Zwecke, die Gefangenen zum Fleiß anzuſpornen und ihnen bei der Entlaſſung eine Beihilfe zum beſſern Fortkommen zu gewähren“.

Im Hinblick aber darauf, daß Zweifel entſtanden waren, ob nicht nach Emanation der neuen Z. P. O. die vorher angeführte Beſtimmung des Allerhöchſten Erlasses v. 28. 12. 1840, wonach die Arbeitsprämien niemals Gegenſtand des Arreſtſchlages uſw. ſein ſollten, hinfällig geworden ſei, beſtimmt das Min.-Reſtr. vom 6. 7. 1885, daß die Arbeitsprämien erſt durch die Ausſchüttung an die Gefangenen in das Eigentum derſelben übergehen und bis zu dieſem Zeitpunkte nur notiert reſp. aſſerviert werden, wonächſt die Auszahlung oder die anderweite Diſpoſition über dieſelben von dem Ermessen der vorgeſetzten Behörde abhängt.

Übrigens behielt es betreffs der Verwendung der Arbeitsprämie während der Strafzeit bis in die neuere Zeit ſein Bemenden bei folgenden Beſtimmungen:

„Die Arbeitsprämien werden zur Hälfte zur beſſern Verpflegung (Brot, Bier, Käſe, Butter, Hering, Wurst, Fleiſch, Obſt, Milch. — Branntwein und Doppelbier, neuerdings auch Schnupftabak ſind ausgeſchloſſen), zur Hälfte zum beſſern Fortkommen nach der Entlaſſung verwendet. — Rückfällige erhalten in den erſten 6 Monaten kein Einkaufsrecht. Daſſelbe kann bei wiederholter Rückfälligkeit bis zur Dauer eines Jahres entzogen werden, doch wird der Betrag der Arbeitsprämie auch in dieſem Falle fortgeſetzt gutgeſchrieben. — Die Erlaubnis zum Ankauf von Nebensartikeln darf den Gefangenen erſt erteilt werden, wenn ihr Guthaben an Arbeitsprämien den Betrag von 10 Mark erreicht hat. — Zur Beſchaffung von Zuſatznahrungsmitteln dürfen pro Tag nicht mehr als 5 Pfennige verwendet werden, und endlich darf die Verwendung mäßiger Beträge zum Vorteil der Frauen, Kinder oder

Eltern von Gefangenen nicht bloß aus der ersten, sondern auch aus der zweiten Hälfte des Überverdienstes gestattet werden. — Wird nicht die ganze zweite Hälfte der Arbeitsprämien von dem Gefangenen auf die Beschaffung erlaubter Genußartikel verausgabt, so kann ihm die Verwendung des Restes, abgesehen von der Unterstützung der Angehörigen, auch zur Beschaffung von erlaubten Utensilien oder von Büchern gestattet werden."

So weit die Bestimmungen.

Thatsächlich liegt in der Bewilligung von Arbeitsprämien und in der Erlaubnis der Verwendung derselben innerhalb der angegebenen Grenzen ein großer, durch nichts zu ersetzender Sporn für den Fleiß und die Disziplin der Gefangenen. Das steht über allem Zweifel.

Auch den hohen sittlichen Wert werden wir unsrer Aufmerksamkeit nicht entgehen lassen, der darin liegt, daß nicht wenige Gefangene lieber auf die erlaubten Genußmittel verzichten, um nur ihren Angehörigen von Zeit zu Zeit eine Zuwendung machen zu können — etwa ein- oder zweimal im Jahre, wobei zu berücksichtigen, daß der Gefangene allein für Aufbringung des Portos einen oder mehrere Tage fleißig arbeiten muß.

Sehr wertvoll nach Seite der sittlichen Erziehung kann auch die Bestimmung ausgebeutet werden, daß es dem Gefangenen gestattet ist, Bücher anzukaufen aus der zu seiner Disposition stehenden zweiten Hälfte der Prämie. In der Hand namentlich des Seelsorgers kann dies eine kräftige Handhabe bieten, um bei den Gefangenen dahin zu wirken, daß er bei der Konfirmation oder vielleicht auch bei der Verehelichung des Kindes eine Bibel oder ein Gesangbuch oder sonst ein gutes Buch als Mitgift für das Leben stifte. — Für sich selbst braucht er — abgesehen etwa auch von einer Bibel zum Abgange für den eignen Gebrauch zu Hause — Bücher nicht zu kaufen, da die Anstaltsbibliothek genug bietet. Dagegen ist für den Zellengefangenen oder auch für Sonntagschul-Besucher von Wichtigkeit der Ankauf eines starken Schreibheftes (Collectaneum), in welchem der Gefangene Sonntags in seiner freien Zeit, statt immerfort zu lesen, auch gelegentlich Wissenswertes aus seiner Lektüre oder ein Gesangbuchslied, welches besondern Eindruck auf ihn gemacht hat, oder ein Gedicht abschreiben und zu seiner Zeit mit an seinen häuslichen Herd nehmen kann.

Manches edle Samenkorn kann auf diese Weise mit aus dem Zuchtthause hinausgehen. Wer weiß, wo es Frucht bringen kann, wenn auf diese Weise etwa auch einmal das Lieb von der Glocke mit seinem großen Gemüt und Charakter bildenden Nahrungswert oder Ähnliches in Fleisch und Blut des Gefangenen übergeht.

Nicht geduldet werden darf hierbei freilich ein gewisser Kultus der Selbstberäucherung, in welchen Gefangene gern verfallen, indem sie solch ein Heft gern benutzen, um eigne Geistesprodukte, Reimereien, biblische Betrachtungen oder gar Memoiren niederzuschreiben. Das ist Firtlesanz, der zu nichts dient oder dem Ernst der Strafe nicht entspricht, oder wohl gar zu Eitelkeit und Hochmut Veranlassung geben würde.

Wenn hiernach der Wert der Arbeitsprämie nicht bloß nach Seite der Anspornung zum Fleiße, sondern auch nach Seite der durch Jahre sich hindurchziehenden Charakterbildung über allem Zweifel erhaben ist, so wird sich auf der andern Seite nicht übersehen lassen, daß wir es bezüglich der Verwendung der Arbeitsprämien zu thun haben mit

Allgemeinen Bestimmungen,

welche allemal Anlaß geben zum Schematisieren, entgegen der für Strafanstalten mit Recht ausgegebenen Parole, welche den Beamten aufgibt zu individualisieren.

In etwas ist hiergegen in den gegebenen Bestimmungen bereits angekämpft. Es ist Verordnung ergangen, daß die Rückfälligen in den ersten 6 resp. 12 Monaten kein Einkaufsrecht haben sollen. Ebenso ist angeordnet, daß die Rückfälligen nur die Hälfte der normierten Arbeitsprämien (freilich aber für die Überpensa die vollen Prämienätze) erhalten sollen. Es fehlt auch nicht an Rücksichtnahme auf die Gebrechlichen und die Lehrlinge, betreffs deren „in jedem individuellen Falle das Maß der Arbeit für jeden Sträfling durch die Anstaltsvorstände nach Rücksprache mit dem Arbeitsinspektor zu bestimmen ist“.

Immerhin aber wird sich nicht verkennen lassen, daß noch Raum genug zum Schematisieren übrigbleibt, denn jeder Gefangene hat unterschiedslos das Recht, sich auf die „Bestimmungen“ zu berufen.

Angeedeutet ist bereits in dem Reskript vom 10. 12. 1872, daß für den Unternehmer ehemals gerade die verworfensten Subjekte,

welche durch wiederholten Aufenthalt in Zuchthäusern (setzen wir hinzu: in Korrekthäusern, Gefängnissen, Arbeiter-Kolonien) die nötige Arbeitsroutine erlangt haben, sehr häufig die willkommensten Arbeiter gewesen sind.

Diese Sorte ist jetzt leider auch noch nicht ausgestorben, und während ein erstmaliger Gefangener, der eben erst frisch von der Landarbeit oder aus der Schmiede- oder anderer schwerer Arbeit kommt, sich mit seinen schwieligen Händen vergeblich abmüht, die Zigarre zu rollen oder den Pflriemen usw. zu handhaben, und in Jahr und Tag nicht dazu kommt, trotz allen guten Willens und Fleißes sein Pensum zu leisten, um so in den Genuß der Arbeitsprämie zu gelangen, da hat der „ewig Rückfällige“ spielend sein Tagespensum absolviert und im Laufe des Monats doch noch vielleicht ebenso viele Überpensas wie Tagespensas geleistet und steht da als gemachter Mann, zumal es ja auch noch Mittel und Wege gibt, während der für die Rückfälligen vorgeschriebenen sechsmonatlichen Karenzzeit durch Raupelei oder gegen Einsetzung des „Ehrenwortes“ mit Hilfe der Mitgefangenen der Verwaltung trotz aller Wachsamkeit ein Schnippchen zu schlagen und in den Genuß von Extra-Nahrungsmitteln zu kommen!

„Wieder triumphiert das Laster!“

Noch übler ist die Wirkung, wenn man etwa in Vergleich stellt einen erstmalig Bestraften, der Familie hat und von Hause herzerreißende Briefe über die herrschende Not und Verlegenheit empfängt, welche zwingt, ein Stüd nach dem andern aus dem Haushalt zu veräußern, — mit einem Rückfälligen, welcher entweder ledig ist oder längst alle Beziehungen zu Eltern oder Geschwistern, zu Weib oder Kind aufgegeben hat, und an welchem sich auch der Seelsorger vergebens bemüht, ihn zur Erfüllung seiner Pflichten gegen seine Familie zu bewegen.

Wieder sitzt der Schlaue da und macht sich einen guten Tag, kauft sich Butter, Fleisch, Bier innerhalb der gegebenen Grenzen, — sein „dummer“ Nachbar (der sich noch mit Grillen plagt und noch religiös-sittliche Anwandlungen hat) sitzt daneben und läßt seine Thränen auf sein trockenes Brot fallen, um nur seinen Angehörigen ein paar Mark von seiner Arbeitsprämie senden zu können, und wenn etwa der Pastor gerade vorübergeht, dann wirft ihm der Erstgenannte einen Blick zu, in welchem deutlich zu lesen ist: „Siehst du, selber essen macht fett.“

Vielleicht sind wir hier an einem Punkte angelangt, wo die allgemeine Stimme nicht ganz unrecht hat, wenn sie ziemlich determiniert behauptet: „Sie haben es da drinnen zu gut!“

Auch die ganze Natur des Verbrechers und des Verbrechens und besonders die dabei entwickelte größere oder geringere Roheit des Charakters dürfte am Ende nicht außer Betracht bleiben. Ein Unmensch z. B., der schon immer seine Frau mißhandelt und sie schließlich, nachdem sie erst eben entbunden hatte, mit den Füßen zu Tode getreten hat, weil er beim Erwachen aus der Trunkenheit sein Abendbrot nicht bereitet fand und der sich auch während der Strafverbüßung nicht bewegen läßt, auch nur einen Pfennig für seine Kinder herzugeben, statt dessen aber noch aufbegehrt, daß die Gemeinde besser für die Kinder sorgen soll, — sollte doch eigentlich wohl andern Bestimmungen unterworfen sein, als der Familienvater, der vielleicht durch Mangel an wirtschaftlichem Sinn seitens seiner Frau dahin gekommen ist, einmal und wieder zur Nachtzeit eine Kartoffelmiete zu öffnen und zu berauben, um sich und die Seinen vor Hunger zu schützen.

Doch genug! —

Läßt sich Abhilfe schaffen?

Ganz entbehren können wir die Arbeitsprämie in keinem Falle! sie bildet den Stecken des Treibers!

Aber geraten dürfte es sein, auf dem angefangenen Wege des Individualisierens noch einen Schritt weiter zu gehen!

Freilich auf den Wunsch mancher armen Gemeinde, welche die zahlreiche Familie eines Gefangenen unter Aufbringung schwerer Opfer zu versorgen hat und daher wünscht, daß dem Familienvater etwas mehr Gelegenheit zum Verdienst gegeben werde, als dem aus derselben Gemeinde stammenden lebigen Komplizen, werden wir nicht eingehen können.

Unerreichbar aber will es nicht scheinen, wenn die folgende Verfügung erginge:

Sobald ein Gefangener ein Guthaben von 10 Mark erworben hat, wird durch Direktorial-Verfügung oder durch Beschluß der Konferenz der Oberbeamten festgesetzt, ob die Höhe der Arbeitsprämie fortan dieselbe bleiben soll oder ob sie auf die Hälfte herabzusetzen ist. In ähnlicher Weise ist zu verfahren, wenn ein Gefangener ein Guthaben von 30 Mk. erworben hat.

Wir würden dann etwa drei Prämienklassen erhalten:

- a) die volle Arbeitsprämie,
- b) die einfach herabgesetzte Arbeitsprämie,
- c) die wiederholt herabgesetzte Arbeitsprämie.

Hierbei würde den verschiedenen Individualitäten — rückfällig oder erstm., Familie oder ledig, roh oder empfänglich — sich voll Rechnung tragen lassen, besonders wenn dabei der Beschluß gefaßt werden dürfte, das Einkaufsrecht der ewig Rückfälligen entsprechend zu vermindern, zumal wenn sie sich nicht bewegen lassen, für ihre Familie zu sorgen. Es würde damit nur den Verhältnissen Rechnung getragen sein, welche gegen früher durch Einführung des neuen Speiseetats geschaffen sind, der ohne Preissteigerung lediglich durch rationellere Beschaffung der Ingredienzien für eine durchaus hinreichende Betöstigung Sorge getragen hat, was sich von dem frühern Speiseetat eben nicht sagen ließ.

Besondere Aufmerksamkeit möchte zu richten sein auf die Verwendung der Arbeitsprämie

nach der Entlassung!

Ehedem galt allgemein die Bestimmung des Min.-Reskr. vom 29. 9. 1859, wonach die Gelder an die Ortsbehörde zur Aushängung an den Entlassenen gesandt werden sollten, während gleichzeitig die Ortsbehörden mit Anweisung versehen waren, auf eine zweckmäßige Verwendung der Gelder ihr Augenmerk zu richten und die Auszahlung so erfolgen zu lassen, „wie es im Interesse des künftigen ehrlichen Fortkommens des aus der Haft Entlassenen am dienlichsten erscheint“.

Als nicht ausgeschlossen wird es bezeichnet, daß die Gelder auch an bestehende Fürsorgevereine übersandt werden dürfen behufs Auszahlung an die Entlassenen.

Hienach ist zunächst auch in der Provinz Schlesien verfahren worden bis zum Jahre 1882, wo auf Anregung des Kgl. Konsistorii der Provinz beziehungsweise der in den Kreissynoden stattgehabten Verhandlungen durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, „nachdem der Herr Minister des Innern unter Vorbehalt des Widerrufs sich damit einverstanden erklärt hatte“, verfügt wurde, daß die Überverdienstgelder von entlassenen Gefangenen evangelischer Konfession an die betreffenden Gemeindef Kirchenvorstände übersandt werden sollen, um die Auszahlung derselben in einer Weise zu bewirken, „wie es im Interesse des künftigen

ehrlichen Fortkommens des Entlassenen am dienlichsten ist". —

Wir bemerken, wie überall bei den Bestimmungen, betreffend die Arbeitsprämie, nicht die Rücksicht auf eine Belohnung der Arbeit schlechthin, sondern die Rücksicht auf das künftige ehrliche Fortkommen des Gefangenen obwaltet.

Dies wird auch ausschlaggebend sein müssen bei allen bezüglich der Verwendung der Arbeitsprämien in Betracht kommenden Fragen, und war dies zunächst auch der Fall bei Emanierung der eben erwähnten, auf Anregung eines Konsistorii erfolgten Bestimmung.

Nicht lediglich seiner heimischen Polizeibehörde sollte der Gefangene überwiesen sein, nicht irgend einer Rassenverwaltung mit notwendig geschäftsmäßiger Auszahlung, sondern den kirchlichen Organen, welche vermöge ihres Amtes verpflichtet sind, sich der Bewahrlosen anzunehmen und sie in den Bewahrsam ihres christlichen Gemeindelebens zurückzuführen und zu behalten und so den Rückfall in das Gefängnis möglichst zu verhindern.

In die Hände dieser kirchlichen Organe schien denn auch die Arbeitsprämie beziehungsweise deren Verwendung am zweckmäßigsten gelegt werden zu sollen.

Die neue Maßregel konnte in Anbetracht des sittlichen Zustandes vieler Gefangenen unmöglich gleich überall seitens der beteiligten kirchlichen Organe mit ungetrübtem Gefallen aufgenommen werden und bereits auf der Generalversammlung des Gefängnisvereins für Schlesten und Posen im Jahre 1884 wurden bei der Verhandlung über „die Verwendung der sogenannten Überverdienstgelder der Entlassenen durch die Fürsorge-Vereine oder Gemeindefkirchenräte“ Klagen laut, die sich seitdem auch öfter wiederholt haben und welche sämtlich darauf beruhen, daß es unmöglich ist, den Entlassenen klar zu machen, daß sie eigentlich nicht sofort ein Anrecht auf die Auszahlung der Gelder haben.

Selbstredend wird ihnen ja bei der Entlassung die rechtliche Lage der Dinge klargelegt, der Direktor, der Rendant, der Geistliche sagen es ihnen, daß sie eigentlich keinen Rechtsanspruch auf das Geld haben, aber zu Hause angekommen, haben sie dies längst in den Wind geschlagen, kommen an die betreffende Stelle und sagen: „Ich will mein Geld!“ Und ob auf noch so vielen Ge-

fängnis-Kongressen in rechtskundiger Weise ausgeführt und betont wird, „daß die Entlassung nicht eine rechtsbegründende Thatsache ist“ oder „daß es sich nur um eine *donatio sub modo*“ handelt, da lehnen sich die Entlassenen nicht daran und selbst der 16jährige Bursche tritt vor seinen Konfirmator und sagt: „Mein Geld!“ Manche verstehen es auch, ihren Worten Nachdruck zu verleihen.

Wenngleich es aber hiernach, wie von mancher Seite hervor-gehoben wurde, bei Auszahlung der Gelder an widerwärtigen Szenen, ja selbst an Beleidigungen nicht gefehlt hat, so wurde doch im allgemeinen, namentlich auch von Vertretern des kgl. Konsistorii, welche auf jener General-Versammlung anwesend waren, wie auch seitens des Präsidenten dieser Versammlung anerkannt, daß die Einrichtung zu Segen bestehe und daß die Fälle nicht selten seien, in welchen die Gemeindefkirchenräte nicht vergeblich das hier dargebotene Mittel, sich der Entlassenen wirksam anzunehmen, angewandt hätten.

Seitdem ist die Sache nicht bloß in Schlessien ihren mehr und mehr ruhigen Gang gegangen und auch auf die katholischen Gefangenen ausgedehnt worden, sondern auch auf den Gefängnis-Kongressen sowohl in Wien wie in Rheinland-Westfalen war bereits damals die schlesische Einrichtung als eine im wesentlichen vorbildliche willkommen geheißen worden.

Immerhin blieb die Provinz Schlessien nach dieser Seite hin ein Versuchsfeld, und es ist fraglich, ob bereits in einer so wichtigen Angelegenheit durch den erwähnten Oberpräsidial-Erlaß das letzte Wort gesprochen sein wird.

Zunächst sei konstatiert, daß der Tagespräsident der erwähnten Breslauer Versammlung, Senatspräsident Leske zu Breslau in seinem Schlußworte der Thatsache Ausdruck gegeben hat, daß es seine praktischen Schwierigkeiten habe, durch Privatpersonen den Entlassenen das Geld vorzuentshalten, demnach er den Vorschlag der Ermägung anheimgab, „ob es sich bei größeren Beträgen von Überverdienstgeldern empfehle, daß dieselben von den Anstaltsverwaltungen fürs erste affirmiert und nach Befürwortung respektive Anweisung der Gemeindefkirchenräte ratenweise versendet würden, — dadurch dürfte bei den Entlassenen das Bestreben gefördert werden, sich gut zu führen, um der Arbeitsbelohnung nicht verlustig zu gehen, der Pastor werde dann bessern Stand haben

und in günstigerem Lichte erscheinen, so manche der gehörten Klagen verstummen“.

Die Thatfachen drängen uns anscheinend, auf diesen Lesefischen Vorschlag zurückzukommen.

Hören wir einige Äußerungen zur Sache, die uns NB. kaum zu Ohren kommen würden, wenn mit den Arbeitsprämien bloß kassenmäßig und durch Kassenbeamte verfahren worden wäre, und die wir bereits als einen Gewinn des schlesischen Versuchsfeldes ansehen können. Pastor D. in G. schreibt im Herbst 1891 wörtlich:

„Haben die Entlassenen nun gar viel Überverdienstgeld und, wie leider meist der Fall, die feste Überzeugung, sie hätten die sofortige volle Auszahlung als ihr gutes Recht zu fordern, so kommen sie sehr guter Dinge an, pressen durch tägliches gewaltsames Drängen das Geld ab, und denken an Arbeitsuchen in der Regel erst, wenn das Geld in dem von vorn angefangenen alten Leben verbraucht ist. Natürlich sind die Gemeinden, welche vorher die Familie haben erhalten müssen, sehr erbittert und wünschen lebhaft, daß die Überverdienstgelder lieber ratenweise an die Angehörigen oder Gemeinden zum Unterhalt der Familien während der Haft ausbezahlt würden.“

Als Illustration hierzu sei ein Fall angeführt, der unter den Augen des Verfassers passierte: Ein junger Mensch von 18 Jahren hatte in L. 1 Jahr Gefängnis verbüßt und kam nach Görlitz zurück am 11. Januar. Er fand Aufnahme bei seiner Mutter. Seine Arbeitsprämie im Betrage von 54 Mk. erhob er in zwei Raten. Am 1. März, also 48 Tage nach seiner Entlassung, wurde bereits seine Mutter bei dem Fürsorgeverein vorstellig wegen Unterstützung, wobei sich herausstellte, daß der junge Mensch auch bereits ein Paar Schuhe, die er sich bei der Entlassung hatte machen lassen, wieder verlegt hatte. Sieben Wochen hatte er also von seinem Gelde gelebt, selbstredend auch die ihm offenstehende Arbeitsstätte des Fürsorgevereins verschmäht — und als das Geld verzehrt und die angeschafften Sachen obenein verlegt waren, sollte nun der Fürsorgeverein die Mittel hergeben — an Arbeitnehmen wurde aber auch jetzt noch nicht gedacht.

Daß thatsächlich in nicht wenig Fällen der Besitz des Geldes durchaus nicht den wohlwollenden Bestimmungen entspricht, die in dem Min.-Reskr. vom 29. 9. 1859 geltend gemacht sind, wonach

es zum ehrlichen Fortkommen der Entlassenen dienen sollte, ist leider eine Thatsache, vor der man die Augen nicht verschließen darf, und es wird nicht schwer halten, dafür Verständnis zu gewinnen.

Nicht wenige Gefangene nämlich — namentlich solche, die lange Jahre gefessen haben, sind bei der Entlassung wie vom Lichte geblendet. Bei den meisten haben wir es ohnehin mit wirtschaftlich unselbständigen Existenzen zu thun. Könnten sie einen Groschen in der Tasche leiden, so wären viele nicht zu Dieben oder Betrügern geworden. So muß man oft genug sehen und hören, wie die Entlassenen sogar in der unsinnigsten Weise mit den ersparten Pfennigen umgehen. Ein Beispiel statt vieler:

Der Bestrafte D. war nach seinem Heimatdorfe in der Nähe von Bunzlau entlassen. Er hatte, wie üblich, nur ein paar Groschen Reisegeld bis Bunzlau erhalten. Dort war er in einem Gasthof eingekehrt — und — Freude macht ja mittheilbar, — hatte beim ersten Glase Bier nach 15 Jahren Strafe einem Anwesenden sein Herz offenbart, auch erzählt, daß er in dem benachbarten Dorfe beim Pastor viel Geld zu erheben habe.

Was geschah? — Eine zweispännige Droschke wurde gebungen, unterwegs noch ein Bekannter mitgenommen und so fuhr das Kleeblatt nach dem Heimatdorfe des D. Dort erbat sich derselbe bei dem Pastor zunächst 25 Mk. „zum Anlauf von Kleidern“. Für dieses Geld wurde im Dorf-Wirtshause gezehrt, bei der Rückfahrt wieder kein Wirtshaus ausgelassen, selbstverständlich auch der Kutscher traktiert und der Rest in Bunzlau verthan. — Nach zwei Tagen dieselbe Geschichte, nur insofern anders, als nun wieder 25 Mk. von den vorhandenen 300 Mk. zu „Arbeitsgerät“ erbeten wurden.

Als auch diese zweite Rate im Nu verschwunden war, wurde dem D. plötzlich unheimlich zu Mute unter seinen neuen Freunden. Unbemerkt schlich er zum Bahnhofe und machte sich heimlich aus dem Staube. Mit den letzten 75 Pfennigen kam er nach Görlitz, wo ihm der Fabrikant, für den er im Zuchthause gearbeitet hatte, Arbeit in Aussicht gestellt hatte. Es kam hier jedoch zu Differenzen, und was nun in seiner Seele vorgegangen ist, darüber weiß er sich eigentlich selbst nicht Rechenschaft zu geben. Wie es scheint, suchte er vor sich selbst zu fliehen. Er kehrte nicht in sein Heimatdorf zurück, wo er noch 250 Mk. zu stehen hatte, sondern lief

planlos in die Welt hinein. Nach mehreren Tagen kam er nach Görlitz zurück in einem Aufzuge, der fast der Beschreibung spottet: Er hatte sich in neuen Stiefeln die Füße wund gelaufen und stand nun bei regnerischem Herbstwetter auf den Strümpfen, — die Stiefeln in der Hand — vor uns — ohne einen Pfennig Geld in der Tasche. — Was thun mit ihm?! — Als „Fremder“ wurde er der Naturalverpflegungsstation zugeführt, wo er in dem daselbst befindlichen Asyle für Entlassene erst allmählich sich an das volle Tageslicht beziehungsweise an den Verkehr in der Freiheit wieder gewöhnte und dann dem bereits erwähnten Fabrikanten zugeführt, der nun mit kräftiger Hand das weitere Geschick des Mannes in die Hand genommen und namentlich dafür Sorge getragen hat, daß der Rest der Arbeitsprämie in einem Spartassenbuche angelegt ist, um zur künftigen häuslichen oder geschäftlichen Einrichtung des Entlassenen verwendet zu werden.

Welcher Unterschied ist wohl zwischen so einem Entlassenen und einem Kinde, dem die erste beste Gaunerin die goldenen Ohringe abknöpft? Entlassene sind fast noch schlimmer wie die Kinder, weil sich vielfach mit dem Unverstande das Laster paart. Oft genug führt der Besitz des Geldes dem Laster geradezu in die Arme. Tage und Nächte hindurch findet dann Auflage bei übel berücktigten Frauenzimmern statt, in deren Armen alle in dem Gefängnis etwa gefaßten guten Vorsätze alsbald erstickt und der Rückfall unaufhaltsam betrieben wird, so daß man sagen möchte: Manchem Entlassenen wäre es besser, er hätte nicht einen Pfennig im Besitz.

Wohin der nach dieser Seite hin geübte Schematismus führt, das lehrt auch folgender Lebenslauf:

Der Cigarrenarbeiter R. hatte, nachdem er seit 1860 bereits 9 Vorstrafen erlitten, von 1873—78 Zuchthausstrafe verbüßt und war mit 150 Mk. Arbeitsprämie entlassen. Von 1878—81 verbüßte er wieder Zuchthausstrafe und erhielt 75 Mk. Arbeitsprämie mit auf den Weg. Darauf folgte von 1882—90 eine 8jährige Zuchthausstrafe. Trotzdem er die letzten 9 Monate im Lazarett zugebracht hatte, wo er an „katarthalischem Fieber, chronischem Bronchialkatarth, Blutarmut und zuletzt auch noch an kaltem Absceß am Oberschenkel“ behandelt worden war, wurde er doch noch mit 212 Mk. direkt dem Krankenhause zugeführt. — Dort benahm er sich gleich bei der Einlieferung frech und widerfeglich, wollte

seine Barschaft nicht in Verwahrung lassen, wollte sich nicht in die Hausordnung fügen, „er sei nicht im Zuchthause, er sei ein freier Mann“.

Die Krankenhausverwaltung sagt wörtlich: „Auf sein stürmisches Verlangen mußte R. am nächsten Tage aus dem Krankenhause entlassen werden. - Bei seinem Abgange quittierte er über den Empfang des Geldes mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß er niemand das Recht zugestehet, ihn gegen seinen Willen im Krankenhause zurückzuhalten.“

Unterhalb Jahre später stellt derselbe Entlassene eine Bitte „um etwas aus der Gefangenen-Unterstützungskasse“, da er Hochzeit machen wolle, „wozu bekanntlich viel erforderlich ist“.

Wir unterlassen es, Betrachtungen darüber anzustellen, daß so ein viel Bestrafter, der an den genannten Krankheiten behandelt ist, noch ein weibliches Wesen findet, welches ihr Geschick mit dem seinigen verbindet, — aber das muß gesagt sein, daß Leute dieses Schlages, die ohnehin schon für alle Behörden eine „crux“ bilden, geradezu zur Plage werden, wenn sie ihr Anrecht auf eine Arbeitsprämie geltend machen können. Auch die Frage ist wohl am Platze: Was muß es in der Heimat für einen Eindruck machen, wenn so ein Mensch immer mit hundert oder gar ein paar hundert Mark aus dem Zuchthause heimkehrt?!

Hier erscheint Abhilfe dringend geboten — und zwar zunächst auf dem bereits vorgeschlagenen Wege!

R. würde gewiß von jeder Konferenz der Oberbeamten zu der Kategorie derjenigen Gefangenen gerechnet worden sein, welchen zunächst nur die einfach herabgesetzte Arbeitsprämie und im weiteren Verfolg auch nur die wiederholt herabgesetzte Arbeitsprämie bewilligt worden wäre.

Aber auch abgesehen hiervon, so erscheint es dringend geboten, daß der Staat, dem der Gefangene mit allen seinen Kräften verfallen war, mit kräftigerer Hand das Geld, welches nach dem Min.-Reskr. vom 6. 7. 1885 „erst durch die Aushändigung an die Gefangenen in das Eigentum derselben übergehen soll“, festhalte, als dies irgend einer kirchlichen oder Gemeindebehörde möglich ist.

Es kann kaum irgend einem Zweifel unterliegen — und wir kommen hier auf den Leskeschen Vorschlag zurück — daß die einzige Stelle, an welche die soeben ausgesprochene Zumutung gestellt werden kann, die Strafanstaltsverwaltung selbst ist.

Keine andre Behörde hat namentlich bei der bestehenden Freizügigkeit alle den Entlassenen betreffenden Personalien so beisammen, wie die Strafanstalts-Direktion. Bei dieser sind denn auch die Arbeitsprämien der Entlassenen zunächst am besten aufgehoben, und es wird ganz ein ander Ding sein, wenn der Entlassene in seinem Orte fein bescheiden an den Gemeindefkirchenrat herantritt und bittet, daß für ihn an die Anstaltsdirektion berichtet werde, damit ihm von dorthier von dem für ihn affervierten Gelde für den oder jenen Zweck eine Zuwendung gemacht werde.

Hierbei werden sich alle Beteiligten besser stehen:

In erster Linie der Gemeindefkirchenrat oder der Fürsorge-Verein, an welche der Entlassene gewiesen wird.

Der Gedanke, welcher in der Provinz Schlesien maßgebend geworden ist, daß der Entlassene nicht bloß ein Objekt der polizeilichen Aufsicht, sondern vor allem auch der kirchlichen Pflege sein soll und daß darum naturgemäß die Arbeitsprämien, welche bekanntlich für das bessere Fortkommen der Entlassenen bestimmt sind, in die Hände der kirchlichen Organe gehören, ist durchaus richtig und soll nicht aufgegeben werden. Dieses Prinzip ist auch wieder in den Verhandlungen der Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-gesellschaft des Jahres 1893 als richtig anerkannt in dem Satz „Das Spargeld ist je nach den Umständen an den Fürsorge-Verein des neuen Wohnorts, den Gemeindefkirchenrat bezw. Kirchenvorstand oder eine sonstige Vertrauensperson oder an die Polizeibehörde zur bestimmungsmäßigen Verwendung einzusenden.“

Wir halten hiernach fest und betonen: die Kirche ist verpflichtet, sich der Verwahrlosten anzunehmen und sie in den Verwahrsam eines geordneten Gemeindelebens zurückzuführen. Aber gerade dem Wesen der kirchlichen Organe wird es entsprechen, wenn sich der Entlassene ihnen hilfesuchend, nicht aber aufbegehrnd naht. Wenn dieselben dann durch ihre Fürsprache auch einmal eine reichlichere Unterstützung für den Entlassenen erreichen, so wird das in der Gemeinde selbst nicht böses Blut machen können, weil die Unterstützung immer unter den Gesichtswinkel der an einem Schwachen oder Gefallenen geübten Barmherzigkeit fällt.

Ferner: Der Entlassene wird sich besser stehen, weil ihm die Möglichkeit genommen ist, sich alsbald auf die faule Seite zu legen mit Rücksicht auf das Geld, welches er entweder bereits in der Tasche hat oder welches doch in der nächsten Nähe ist und welches

durch Drängen, Pressen und nötigenfalls durch Unverschämtheit zu erlangen ist. Er wird vielmehr unter heilsamer Zucht und Abhängigkeit sich allmählich an den Wiederbesitz der Freiheit gewöhnen, deren voll hereinstömender Glanz nach so langer Entbehrung so leicht sein Auge blendet und den ohnehin wirtschaftlich Schwachen unfähig macht, sichere Tritte zu thun.

Es kann Ausnahmefälle hierbei geben, wie z. B. wenn etwa ein Handwerksmeister sich neu einrichten soll in seiner Werkstätte — dafür soll und muß aber individualisiert werden und mag der Betreffende bereits in der Anstalt seine Bitten geltend machen.

Nicht in letzter Linie wird sich auch der Staat besser stehen. Wir befinden uns mit unsern Vorschlägen einmal in der seltenen Lage, daß dieselben nicht vermehrte Ausgaben vom Staate fordern, sondern im Gegenteil: es würde dabei gehörig gespart werden können. Aber das kann hier weniger in Betracht kommen. Vor allem wird der Staat sich dadurch besser stehen, daß seine Autorität den Verbrechern gegenüber besser gewahrt wird, welche es verlangen muß, daß die für das bessere Fortkommen des Entlassenen bestimmte Prämie nicht in der leichtsinnigsten Weise vergeudet werde oder daß sie gar, — — weil gerade in den ersten Tagen oder Wochen nach der Entlassung den Entlassenen in der Faulheit oder Genußsucht bestärkend — geradezu zum Rückfall auf die Bahnen des Verbrechens verwendet werde.

In gewiß nicht seltenen Fällen, wo entweder die Abhebung der vollen Arbeitsprämie gar nicht nötig ist, weil der Entlassene alsbald in geordnete Verhältnisse oder in lohnende Arbeit kommt, oder aber, weil er durch lieberlichen Wandel in neue Strafe verfällt, wie es leider nicht selten der Fall ist, wird die Arbeitsprämie gar nicht erst „durch Aushändigung in den Besitz des Entlassenen übergehen“, sondern im Besitz des Staates bleiben, der, wenn die bisherigen Beamtenkräfte nicht zu einer derartigen Verwaltung der Arbeitsprämien ausreichen sollten, aus den wie oben angegebenen, hierbei erzielten Ersparnissen namentlich bei größeren Verwaltungen allenfalls auch noch eine besondere Hilfskraft bei der Rassenverwaltung anstellen könnte.

Um einen Überblick zu gewähren über den etwa eintretenden Zuwachs an Arbeit für den Fall, daß größere Beträge weiter von der Anstaltskasse zu verwalten sein würden, sei erwähnt, daß in

einem Jahre bei einer Kopfsahl von etwa 600 Gefangenen ab-
gesandt wurden:

Arbeitsprämien bis 20 Mk.	. . .	76
von 20 bis 30 "	. . .	34
von 30 bis 150 "	. . .	60
von 150 bis 300 "	. . .	2
über 300 "	. . .	1
		<hr/> 173

Hiervon würden, angenommen, daß die Beträge über 20 Mk. zunächst noch afferviert würden, 97 in Anstaltsverwaltung verbleiben, wobei jedoch zu berücksichtigen sein würde, daß diese Zahl bei Annahme der oben beantragten Herabsetzung der Arbeitsprämien noch bedeutend sinken würde, so daß thatsächlich die Vermehrung der Arbeit nicht ungeheuerlich erscheinen dürfte.

Im ganzen weist die Statistik für 1892/93 von 51 Straf-
anstalten mit Zuchthausgefangenen folgende Zahlen auf:

Arbeitsprämien bis 30 Mk.	3393 Männer	895 Weiber	=	4288
von 30 bis 150	= 1836	= 191	=	2027
von 150 bis 300	= 62	= 6	=	68
über 300	= 14	= 0	=	14

Schenken wir zum Schlusse auch denjenigen Stimmen ein wenig Beachtung, welche einen Teil der Arbeitsprämie zur ratenweisen Auszahlung an die Familien während der Strafhast der Gefangenen verlangen:

Thatsache ist es, daß manche arme Gemeinde recht hart betroffen wird, wenn sie für die Familie des Gefangenen sorgen muß, zumal, wenn es sich trifft, daß gerade aus einer weniger bemittelten Gemeinde einmal „ein ganzes Nest“ ausgehoben werden muß.

Da will es nicht unbillig erscheinen, wenn solchen Gemeinden entweder zu Händen des mit der Fürsorge für die Entlassenen betrauten Gemeindefürsorge-Rats oder des Fürsorge-Vereins besondere Zuwendungen behufs Unterstützung der Familie des Gefangenen gemacht würden, sei es aus dem Fonds der nicht abgehobenen Arbeitsprämien, sei es aus dem sogenannten Zinsfonds, der durch zinsbare Anlegung der gesamten Arbeitsprämien entsteht und an nicht wenigen Anstalten Jahr für Jahr bedeutend anwächst, trotzdem es den Anstaltsverwaltungen gestattet ist, bedürftigen Ge-

fängenen daraus bei ihrer Entlassung Zuwendungen zu machen oder in der letzten Zeit der Haft die Hauswirtschaft derselben vor allzu großem Verfall zu bewahren.

Fassen wir endlich zusammen, was einerseits hinsichtlich des Erwerbes und anderseits hinsichtlich der Verwendung der Arbeitsprämie zu wünschen wäre, so ist es dies:

Im weitem Ausbau und auf Grundlage des Min.-Reskr. vom 10. 12. 1872 und des Min.-Reskr. vom 14. 4. 1888 möge den Anstaltsverwaltungen das Recht und die Pflicht auferlegt werden, sobald das Guthaben des Gefangenen mehr als 10 Mark beträgt, darüber unter Anhörung der Konferenz der Oberbeamten zu beschließen, ob die Arbeitsprämie weiterhin dieselbe bleiben oder gebührend auf die Hälfte resp. noch weiter herabgesetzt werden soll, wenn das Guthaben die Höhe von 30 M. erreicht.

Ebenfalls im Aufbau und auf Grundlage des Min.-Reskr. vom 29. 9. 1859 resp. des Oberpräsidial-Erlasses vom 15. 5. 1882 und des Min.-Reskr. vom 6. 7. 1885 möge die Bestimmung erlassen werden, daß kleine Beträge etwa bis zur Höhe von 20 M. alsbald bei der Entlassung der Gefangenen an die Gemeindefürsorge resp. Zivilbehörden oder Fürsorge-Vereine übersandt, von größern Beträgen aber der Überschuß über 20 M. bei den Strafanstaltskassen verwaltet und von denselben nur auf Verantwortung seitens der kirchlichen oder Zivilbehörden ausgezahlt werden und daß in besondern Fällen aus den Fonds der nicht in Besitz der Entlassenen übergegangenen Arbeitsprämien oder aus den Zinsfonds auch an bedürftige Gemeinden Zuwendungen behufs Unterstützung der Familien von Gefangenen während der Haft der letztern gemacht werden dürfen.